

Branchen | Belgien | Chemische Industrie

Rahmenbedingungen

Bei der Bearbeitung des belgischen Marktes sollten die erheblichen regionalen Unterschiede beachtet werden.

22.10.2020

Von Torsten Pauly | Berlin

Das niederländischsprachige Flandern, das frankophone Wallonien und das zweisprachige Hauptstadtgebiet Brüssel sind autonome Regionen und unter anderem für die Wirtschaftsförderung und Umweltfragen zuständig. Das Registrierungsverfahren für deutsche Firmen ist nicht zuletzt in Steuerfragen komplex. Einen umfassenden Service hierzu bietet unter anderem die AHK Debelux an.

Wie in anderen EU-Staaten kann die Europäische Chemieagentur ECHA auch in Belgien über die Zulassung von Chemikalien beziehungsweise die Notifizierung der Hersteller mitentscheiden. Im Königreich selber ist der [Föderale Öffentliche Dienst Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt](#) zuständig. Bei Medikamenten übt diese Funktion die [Föderale Agentur für Arzneien und Gesundheitsprodukte](#) aus.

Im innergemeinschaftlichen Warenverkehr der Europäischen Union (EU) sind die Regelungen des Umsatzsteuerkontrollverfahrens in der EU zu beachten. Informationen hierzu finden sich auf der Internetseite des [Bundeszentralamtes für Steuern](#). Hinsichtlich der Normierung gelten die einschlägigen EU-Richtlinien (siehe etwa die Website des [Deutschen Instituts für Normung e.V.](#)).

Die GTAI stellt ausführliche Informationen zum [Wirtschafts- und Steuerrecht](#) zur Verfügung sowie zu [Einfuhrregelungen, Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen](#) zur Verfügung.

Dieser Beitrag gehört zu:

[Europas größtes Chemiecluster](#)

Mehr zu:


Chemie, übergreifend / Zollthemen

Branchen

Kontakt

Beate Voell

Branchenexpertin

 +49 228 24 993 388

 [Ihre Frage an uns](#)

RAHMENBEDINGUNGEN

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.